

oder jenes repariert oder modernisiert wird, verträgt keine politische Flickschusterei. Es geht um einen neuen, modernen Sozialismus, der - wie es im Kommunistischen Manifest heißt - eine Assoziation sein muß, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«¹. Auf die Verwirklichung dieses Grundanliegens ist die seit Mitte der 80er Jahre in der Sowjetunion begonnene revolutionäre Umgestaltung gerichtet, der Umbruch in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung überhaupt. Der Sozialismus ist also nicht abgewirtschaftet, er kämpft auf dem Weg zu einer völlig neuen Qualität. Indem unsere Partei auf ihrem XI. Parteitag und besonders nach deren Januarplennum 1987 zur KPdSU auf Distanz ging, hat sie sich dieser objektiven Entwicklung weitestgehend verschlossen. Das ist der eigentliche Ausgangspunkt für den in diesen Wochen ausgebrochenen Konflikt. Deshalb ist es kein Widerspruch, sondern die folgerichtige Konsequenz, daß bei den Demonstrationen der größte Teil der Massen von der SED und vor allem von ihrer Führung mehr Sozialismus und so auch mehr Demokratie forderte und fordert.

Natürlich brauchen wir im Einklang mit der Ausarbeitung dieser Erneuerungsstrategie Sofortmaßnahmen, um dringliche Probleme zu lösen, zumindest zu lindern, um in vielen Fragen das Leben wieder zu normalisieren. In diesem Fall sollte jedoch versucht werden, vorausschauend abzuwägen, welche Konsequenzen solche Entscheidungen haben. Ich spreche mich gegen Schnellschüsse oder nicht gedeckte Versprechungen aus. Sie schaden eher unserer Glaubwürdigkeit. So haben mich Studenten gefragt, wieso es jetzt auf einmal möglich ist, den Bau von 1 000 Studentenwohnheimplätzen in Leipzig zuzusagen. Jahrelang gab es auf diese Forderung keine Antwort. Hallenser Studenten bewegt, was auf gleichem Gebiet in Halle passiert, ob der Zusage ihres Ministers an Leipzig eine Analyse der Lage an allen Hochschulen zugrunde lag. Mit Verwunderung habe ich in der Presse gelesen, daß der zuständige Minister Arbeitern eine konkrete Summe für Investitionen in Gießereien in den Jahren 1991 bis 1995 zusagte, obwohl es noch keinen Planentwurf für 1990, viel weniger für den kommenden Fünfjahrplan gibt. Es geht nicht darum, die Berechtigung von Interessen und angestauten Problemen in Zweifel zu ziehen. Es geht um verantwortungsvolle Antworten gerade in der jetzigen Situation. Nicht wenige der hastig getroffenen Einzelentscheidungen verunsichern bedeutende Teile der Bevölkerung. Viele bewegt die Frage, ob jetzt die Minister und Staatssekretäre machen können, was sie wollen.

Überlegte Schritte selbst bei drängendsten Erfordernissen sind auch

¹ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 482.